



Liebe Bürgerinnen und Bürger,
in den vergangenen Wochen haben mich zahlreiche Briefe erreicht, in denen Bürgerinnen und Bürger ihre Sorgen und Ängste im Hinblick auf den von der rot-grünen Landesregierung geplanten Vertrag mit den muslimischen Verbänden geäußert haben. Auch die evangelischen Kirchen haben inzwischen Kritik an dem vorliegenden Vertragsentwurf artikuliert.

Ich teile diese Bedenken. Der vorgelegte Vertragsentwurf enthält zahlreiche Punkte, die rechtlich nicht eindeutig sind – zum Beispiel im Hinblick auf Gebetsräume in Schulen. Es muss klar sein, dass es keine Bevorzugung für einzelne Konfessionen geben darf. Wenn solche Räume eingerichtet werden sollen, müssen sie Schülern aller Glaubensrichtungen zugänglich sein. Zudem stellt sich die Frage, was man mit einem solchen Vertragswerk erreichen will? Meiner Ansicht nach muss die Integration im Mittelpunkt stehen. In der aktuell vorliegenden Version des Vertrages taucht das Wort „Integration“ allerdings nicht ein einziges Mal auf.

Was wir brauchen, sind eindeutige und klar verständliche Formulierungen. Gründlichkeit muss hier ganz klar vor Schnelligkeit gehen. Es war ein Fehler der rot-grünen Landesregierung, den Vertrag im kleinen Kreis, hinter verschlossenen Türen auszuhandeln. Ein breit angelegter Diskussions-Prozess mit allen Beteiligten wäre sinnvoller gewesen und hätte der Regierung Weil viel Ärger erspart.

Ihr

B. Thumler

